

## Vordruck für den Mahn- und Vollstreckungsbescheid – Arbeitsgerichte –

Dieses Vorblatt und das Entwurfsblatt bitte abtrennen.

Im gerichtlichen Mahnverfahren können Sie schnell und einfach einen Vollstreckungstitel (Vollstreckungsbescheid) über eine Geldforderung erwirken, wenn Einwendungen der von Ihnen in dem Verfahren als Antragsgegner/Antragsgegnerin in Anspruch genommenen Partei nicht zu erwarten sind. Bevor Sie einen Mahnbescheid beantragen, sollten Sie prüfen, ob Sie dieser Ihre Forderungen in klarer, übersichtlicher Form in Rechnung gestellt haben. Holen Sie dies nötigenfalls nach. Sonst könnte die in Anspruch genommene Partei dem Mahnbescheid allein deshalb widersprechen, weil sie nicht nachprüfen kann, welche Beträge für welche Leistungen im Einzelnen Sie von ihr verlangen.

### Ausfüllhinweise

Der Vordrucksatz kann **nur mit einer Schreibmaschine** ordnungsgemäß ausgefüllt werden. Sollte Ihnen eine solche nicht zur Verfügung stehen, trennen Sie bitte das Blatt 1 ab und füllen nur dieses in **Blockschrift** aus. Reichen Sie dann das Blatt 1 und den restlichen Vordrucksatz mit dem Kohlepapier (s. dazu unten unter „Weiteres Verfahren“) ein.

Von Ihnen **auszufüllen** sind die **hellen Felder**. Die **dunkleren** mit Raster unterlegten **Felder bitte nicht beschriften**.

Bei ausnahmsweise **nicht ausreichendem Schreibraum** können Sie ein besonderes Blatt benutzen. Dieses bitte 5fach beifügen und in dem betreffenden Feld auf das Blatt hinweisen.

Sollten Sie den Vordrucksatz durch die Post an das Gericht übermitteln, schützen Sie ihn bitte durch eine geeignete Verpackung (Kartoneinlage) vor Durchdrucken während der Übermittlung.

### Zu den Nummern auf Blatt 1 des Vordrucksatzes

① Hier sind Postleitzahl und Ort **des für das Mahnverfahren zuständigen Gerichts** einzutragen. Zuständig ist in der Regel das Arbeitsgericht, in dessen Bezirk die von Ihnen in dem Verfahren in Anspruch genommene Partei (Antragsgegner/Antragsgegnerin) ihren Wohnsitz hat, bei Streitigkeiten aus einem Vertragsverhältnis auch das Arbeitsgericht, in dessen Bezirk die streitige Verpflichtung zu erfüllen ist (z.B. Beschäftigungsort).

② **Antragsgegner/Antragsgegnerin** ist mit Vorname und Name (wenn nötig auch Beruf oder Zusatz wie „jun.“) bzw. vollständiger Firmenbezeichnung oder Behördenname, Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort so genau zu bezeichnen, dass Verwechslungen ausscheiden. Postfachangabe ist unzulässig.

Bei **Gesellschaften und juristischen Personen** (z.B. oHG, KG, GmbH, AG) ist die vertretungsberechtigte Person im Anschriftenfeld mit anzuführen, und zwar anschließend an die Firma oder den Namen überleitend mit den Worten „vertreten durch...“.

Ist die in Anspruch genommene Partei eine **nicht prozessfähige natürliche Person** (z.B. minderjährig), so sind im Anschriftenfeld nur die Person oder Personen (z.B. Eltern) zu bezeichnen, von der oder von denen sie gesetzlich vertreten wird. Die nicht prozessfähige Partei wird in diesen Fällen in dem Leerfeld in der Zeile bei ④ bezeichnet (z.B. mit den Worten „gegen Ihren bei Ihnen wohnenden Sohn...“). Das Wort „Sie“ in der Zeile bei ④ ist in diesen Fällen zu streichen.

Werden mehrere Personen in Anspruch genommen (z.B. Eheleute), so ist für jede von ihnen ein eigener Vordrucksatz auszufüllen und in dem Kästchen bei ④ jeweils die Zahl der ausgefüllten Vordrucksätze (z.B. bei Eheleuten als Antragsgegner die Zahl „2“) anzugeben. Im Anschriftenfeld ② wird in jedem Vordrucksatz nur eine Person bezeichnet. Auf die übrigen wird in der Zeile bei ④ hingewiesen, und zwar anschließend an das Wort „Sie“ mit dem Wort „und...“, so dass es z.B. bei Eheleuten in dem Vordrucksatz für den Mann heißt „gegen Sie und Ihre Ehefrau...“, in dem Vordrucksatz für die Frau „gegen Sie und Ihren Ehemann...“. Beachten Sie bitte auch die Hinweise unten zu ④.

③ **Antragsteller/Antragstellerin** ist mit Vorname und Name bzw. vollständiger Firmenbezeichnung, Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort genau zu bezeichnen. In gleicher Weise ist eine Person zu bezeichnen, die den Antragsteller/die Antragstellerin gesetzlich vertritt oder der Prozessvollmacht erteilt ist. Eine Bezugnahme auf die Bezeichnung im Anschriftenfeld bei ① ist unzulässig. **Vergessen Sie bitte nicht, Ihr Konto mit Bankleitzahl anzugeben**. Sie können hier auch Ihre Telefonverbindung angeben.

④ Vgl. die Erläuterungen zu ②. **Gesamtschuldnerschaft** (§ 421 BGB) kann nur bei mehreren Schuldnern in Betracht kommen; sie kann in der Regel angenommen werden, wenn sich die in dem Verfahren als Antragsgegner/Antragsgegnerin in Anspruch genommenen Personen gemeinschaftlich zur Zahlung verpflichtet hatten. In diesem Falle können Sie die ganze Forderung einschließlich Zinsen, sonstigen Nebenforderungen und Auslagen für dieses Verfahren gegen jede dieser Personen geltend machen, bis die Zahlung bewirkt ist.

⑤ **Haupt- und Nebenforderungen sind gesondert und einzeln zu bezeichnen, ihre Beträge in DM oder EUR**

**Typische Bezeichnungen** der Hauptforderungen sind z.B.:

Arbeitsentgelt für die Zeit vom ... bis ... (brutto oder netto)

Gratifikation aus Anlass ... (brutto oder netto)

Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall für die Zeit vom ... bis ... (brutto oder netto)

Auf Grund Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses des Amtsgerichts ... vom ... (GSchNr...) gepfändete und zur Einziehung überwiesene oder auf Grund Abtretungserklärung vom ... abgetretene Entgeltansprüche des ... (Name und Anschrift des Arbeitnehmers/der Arbeitnehmerin) für die Zeit vom ... bis ...

Schadenersatzanspruch im Rahmen des Arbeitsverhältnisses wegen ...

Forderung aus Entgeltüberzahlung für die Zeit vom ... bis ...

Auch sonstige Forderungen sind unverwechselbar, d.h. vor allem mit Zeitangabe, **so genau wie möglich** zu bezeichnen. Die sachliche Zuständigkeit des Arbeitsgerichts muss sich aus der Bezeichnung ergeben.

Nur für Kreditgeber oder Zessionar bei Anspruch aus Vertrag, für den das Verbraucherkreditgesetz gilt: Machen Sie die zusätzlich vorgeschriebene Angabe in der Form „Anspruch aus Vertrag vom ... , für den das VerbrKrG gilt. Effektiver/Anfänglicher effektiver Jahreszins ... %“. Im Falle des § 5 VerbrKrG genügt die Form „Anspruch aus Vertrag, für den das VerbrKrG gilt“.

*Nur für Unternehmer oder Zessionar bei Anspruch aus Vertrag gemäß den §§ 491 bis 504 des Bürgerlichen Gesetzbuchs: Bitte machen Sie die zusätzlich vorgeschriebene Angabe in der Form „Anspruch aus Vertrag gemäß den §§ 491 bis 504 BGB vom ... . Effektiver/Anfänglicher effektiver Jahreszins ... %“. Im Fall des § 493 des Bürgerlichen Gesetzbuchs genügt die Form „Anspruch aus Vertrag gemäß den §§ 491 bis 504 BGB“.*

⑥ Bitte prüfen Sie, ob Ihr Anspruch von einer Leistung abhängt, die Sie der in Anspruch genommenen Partei (Antragsgegner/in) noch zu erbringen haben. Zu der Frage müssen Sie sich erklären, Ihr Antrag kann sonst zurückgewiesen werden.

⑦ Bei mehreren Hauptforderungen ist deren Gesamtsumme einzutragen. Bitte geben Sie die Einzelbeträge im Feld ⑤ an, soweit es sich bei diesen nicht um Rechnungsposten einer Zusammenstellung (z.B. Rechnung, Kontoauszug) handelt, die der in Anspruch genommenen Partei (Antragsgegner/in) bereits vorliegt. **Zinsen** bitte genau bezeichnen nach dem **Zinsfuß** („... % jährlich/monatlich“), dem zu **verzinsenden Geldbetrag** („aus ... DM/EUR“) und dem **Zeitraum** („vom ... bis ...“, „ab ...“).

Die Währungseinheit „DM“ oder „EUR“ ist anzukreuzen. Dies gilt ebenso für die Betragsangaben bei ⑧, ⑨ und ⑩. Damit wird die Währungseinheit insbesondere auch für den Antrag auf Erlass des Vollstreckungsbescheids festgelegt.

⑧ Als **Nebenforderung** können hier auch für einen zurückliegenden Zeitraum ausgerechnete Zinsen angegeben werden. Bei mehreren selbständigen Nebenforderungen soll - entsprechend der Praxis bei der Bezeichnung mehrerer Hauptforderungen - in das Betragsfeld der Gesamtbetrag eingetragen werden, die Einzelbeträge mit der Bezeichnung im hierfür vorgesehenen Feld neben Betragsfeldern ⑦, ⑧ und ⑨. Sofern der Schreibraum nicht ausreicht, sind die

Einzelbeträge mit Bezeichnung auf einem 5fach beizufügenden Blatt anzuführen, auf das dann im Feld neben den Betragsfeldern ⑦, ⑧ und ⑨ Bezug genommen wird. Keiner aufgeschlüsselten Bezeichnung nach Einzelbeträgen bedürfen Nebenforderungen, die typische, durch den Verzug entstandene Schäden zusammenfassend bezeichnen (z. B. „Porto“, „Telefon“, „Schreibauslagen für zweite und weitere Mahnungen“ oder „Auslagen für Auskunft über Wohnort des Antragsgegners“).

Die Kosten einer anwaltlichen Beratung oder Vertretung sind grundsätzlich nicht erstattungsfähig.

⑨ **Auslagen** für dieses Verfahren, die Sie in dem Feld angeben können, sind z.B. die Kosten dieses Vordrucksatzes und das Porto für die Einsendung an das Gericht. Nicht geltend machen können Sie hier die Kosten einer anwaltlichen Beratung oder Vertretung (siehe auch Hinweis unter ⑧).

⑩ Die **Gerichtskosten** werden erst nach Beendigung des Mahnverfahrens eingezogen. Kostenvorschüsse werden nicht erhoben. Gerichtskosten sind die Gerichtsgebühr und die Auslagen für die Zustellung des Mahn- und Vollstreckungsbescheids. Sie werden nach Abschluss des Verfahrens fällig.

⑪ Wiederholen Sie hier Ihre Anschrift. Auf die Angaben bei ③ darf nicht Bezug genommen werden.

⑫ Anzukreuzen, wenn im Falle des Widerspruchs das streitige Verfahren durchgeführt werden soll.

⑬ Nur von einem/einer Bevollmächtigten anzukreuzen.

⑭ Nur auszufüllen, wenn in dem Verfahren als Antragsgegner/Antragsgegnerin mehrere Personen in Anspruch genommen werden (s. oben letzter Absatz zu ②).

### Weiteres Verfahren

Vom Gericht erhalten Sie, wenn Ihr Antrag ordnungsgemäß ausgefüllt ist und keine Schwierigkeiten bei der Zustellung des Mahnbescheids auftreten, zunächst die **Zustellungsnachricht** (s. rechts oben auf Blatt 3 des Vordrucksatzes).

**Wie dann zu verfahren ist, entnehmen Sie dieser Nachricht.**

Der Antrag wird gerichtet  
an das

## Arbeitsgericht

PLZ, Ort

①

# Entwurfsblatt

Geschäftsnummer des Arbeitsgerichts  
Bei Schreiben an das Gericht stets angeben

② **Antragsgegner/Antragsgegnerin;** gesetzl. Vertr.

PLZ Ort

## Mahnbescheid

← Datum des Mahnbescheids

③ **Antragsteller/Antragstellerin;** gesetzl. Vertr.; Prozessbevollm.; Bankverbindung

Geschäftszeichen des Antragstellers/der Antragstellerin:

④ **macht gegen Sie**

als Gesamt-  
schuldner

⑤ **folgenden Anspruch geltend** (genaue Bezeichnung, insbes. mit Zeitangabe):

⑥ Der Anspruch ist nach Erklärung des Antragstellers/der Antragstellerin von einer Gegenleistung  nicht abhängig  abhängig; diese ist aber bereits erbracht.

⑦ Hauptforderung

DM  EUR

Zinsen, Bezeichnung der Nebenforderung

⑧ Nebenforderung

DM  EUR

⑨ Auslagen für dieses Verfahren

DM  EUR

⑩ **Gesamtbetrag**

DM  EUR

**zuzügl. der Zinsen**

Die Gerichtskosten werden vom Gericht erst nach Beendigung des Mahnverfahrens eingezogen.

**Das Gericht hat nicht geprüft, ob dem Antragsteller/der Antragstellerin der Anspruch zusteht.**

**Es fordert Sie hiermit auf, innerhalb von e i n e r W o c h e seit der Zustellung dieses Bescheids e n t w e d e r die vorstehend bezeichneten Beträge, soweit Sie den geltend gemachten Anspruch als begründet ansehen, zu begleichen o d e r dem Gericht auf dem beigefügten Vordruck mitzuteilen, ob und in welchem Umfang Sie dem Anspruch widersprechen.**

Wenn Sie die geforderten Beträge nicht begleichen und wenn Sie auch nicht Widerspruch erheben, kann der Antragsteller/die Antragstellerin nach Ablauf der Frist einen **Vollstreckungsbescheid** erwirken und aus diesem die Zwangsvollstreckung betreiben.

Rechtspfleger/Rechtspflegerin

## Antrag

Ort, Datum

⑪ **Anschrift Antragst./gesetzl. Vertr./Prozessbevollm.**

**Eingangsstempel des Gerichts**

Es wird beantragt, aufgrund der vorstehenden Angaben einen Mahnbescheid zu erlassen.

⑫  Im Falle des Widerspruchs wird Termin zur mündlichen Verhandlung beantragt.

⑬  Ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird versichert.

⑭  Hier die Zahl der ausgefüllten Vordrucke angeben, falls sich der Antrag gegen mehrere Personen richtet.

*(leer)*

Der Antrag wird gerichtet  
an das

## Arbeitsgericht

PLZ, Ort

①

Geschäftsnummer des Arbeitsgerichts  
**Bei Schreiben an das Gericht stets angeben**

②

**Antragsgegner/Antragsgegnerin;** gesetzl. Vertr.

PLZ Ort

## Mahnbescheid

← Datum des Mahnbescheids

③

**Antragsteller/Antragstellerin;** gesetzl. Vertr.; Prozessbevollm.; Bankverbindung

Geschäftszeichen des Antragstellers/der Antragstellerin:

④

**macht gegen Sie**

als Gesamt-  
schuldner

⑤

**folgenden Anspruch geltend** (genaue Bezeichnung, insbes. mit Zeitangabe, brutto oder netto):

⑥

Der Anspruch ist nach Erklärung des Antragstellers/der Antragstellerin von einer Gegenleistung  nicht abhängig  abhängig; diese ist aber bereits erbracht.

⑦

Hauptforderung

Zinsen, Bezeichnung der Nebenforderung

DM  EUR

⑧

Nebenforderung

DM  EUR

⑨

Auslagen für dieses Verfahren

DM  EUR

⑩

**Gesamtbetrag**

DM  EUR

**zuzügl. der Zinsen**

Die Gerichtskosten werden vom Gericht erst nach Beendigung des Mahnverfahrens  
eingezogen.

**Das Gericht hat nicht geprüft, ob dem Antragsteller/der Antragstellerin der Anspruch zusteht.**

**Es fordert Sie hiermit auf, innerhalb von e i n e r W o c h e seit der Zustellung dieses Bescheids e n t w e d e r die vorstehend bezeichneten Beträge, soweit Sie den geltend gemachten Anspruch als begründet ansehen, zu begleichen o d e r dem Gericht auf dem beigefügten Vordruck mitzuteilen, ob und in welchem Umfang Sie dem Anspruch widersprechen.**

Wenn Sie die geforderten Beträge nicht begleichen und wenn Sie auch nicht Widerspruch erheben, kann der Antragsteller/die Antragstellerin nach Ablauf der Frist einen **Vollstreckungsbescheid** erwirken und aus diesem die Zwangsvollstreckung betreiben.

Rechtspfleger/Rechtspflegerin

## Antrag

Ort, Datum

Anschrift Antragst./gesetzl. Vertr./Prozessbevollm.

⑪

Eingangsstempel des Gerichts

Es wird beantragt, aufgrund der vorstehenden Angaben einen Mahnbescheid zu erlassen.

Im Falle des Widerspruchs wird Termin zur mündlichen Verhandlung beantragt.

Ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird versichert.

Hier die Zahl der ausgefüllten Vordrucke angeben, falls sich der Antrag gegen mehrere Personen richtet.

*(leer)*

# Arbeitsgericht

PLZ, Ort

Geschäftsnummer des Arbeitsgerichts  
**Bei Schreiben an das Gericht stets angeben**

## Mahnbescheid

← Datum des Mahnbescheids

**Antragsteller/Antragstellerin;** gesetzl. Vertr.; Prozessbevollm.; Bankverbindung

Geschäftszeichen des Antragstellers/der Antragstellerin:

**macht gegen Sie**

**als Gesamtschuldner**

**folgenden Anspruch geltend** (genaue Bezeichnung, insbes. mit Zeitangabe, brutto oder netto):

Der Anspruch ist nach Erklärung des Antragstellers/der Antragsstellerin von einer Gegenleistung  nicht abhängig  abhängig; diese ist aber bereits erbracht.

Hauptforderung

DM  EUR

Zinsen, Bezeichnung der Nebenforderung

Nebenforderung

DM  EUR

Auslagen für dieses Verfahren

DM  EUR

**Gesamtbetrag**

DM  EUR

**zuzügl. der Zinsen**

Die Gerichtskosten werden vom Gericht erst nach Beendigung des Mahnverfahrens eingezogen.

**Das Gericht hat nicht geprüft, ob dem Antragsteller/der Antragstellerin der Anspruch zusteht.**

**Es fordert Sie hiermit auf, innerhalb von e i n e r W o c h e seit der Zustellung dieses Bescheids e n t w e d e r die vorstehend bezeichneten Beträge, soweit Sie den geltend gemachten Anspruch als begründet ansehen, zu begleichen o d e r dem Gericht auf dem beigefügten Vordruck mitzuteilen, ob und in welchem Umfang Sie dem Anspruch widersprechen.**

Wenn Sie die geforderten Beträge nicht begleichen und wenn Sie auch nicht Widerspruch erheben, kann der Antragsteller/die Antragstellerin nach Ablauf der Frist einen **Vollstreckungsbescheid** erwirken und aus diesem die Zwangsvollstreckung betreiben.

gez. \_\_\_\_\_  
Rechtspfleger/Rechtspflegerin

Ausgefertigt \_\_\_\_\_  
Urkundsbeamter/Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

**Beachten Sie bitte die Hinweise auf der Rückseite**

## Hinweise des Gerichts

Bitte beachten Sie, dass das Gericht im Mahnverfahren **nicht** prüft, ob der geltend gemachte Anspruch begründet ist. Lassen Sie daher Zweifel, ob der Anspruch besteht, nicht auf sich beruhen, auch wenn diese nur eine Nebenforderung (z.B. Höhe der Zinsen) betreffen.

Schauen Sie sich vielmehr **sofort** alle Ihnen zur Verfügung stehenden Unterlagen (Vertrag, Lohn-/Gehaltsabrechnung, Kontoauszug, Zahlungsbelege usw.) genau an.

Verbleiben danach Zweifel, so kann es sich empfehlen, sich umgehend mit einem Rechtsanwalt/einer Rechtsanwältin oder mit einer sonst zur Rechtsberatung befugten Person oder Stelle in Verbindung zu setzen. In arbeitsrechtlichen Streitigkeiten sind zur Rechtsberatung insbesondere auch befugt: Vertreter von Gewerkschaften oder von Vereinigungen von Arbeitgebern oder von Zusammenschlüssen solcher Verbände. Die genannten Personen und Stellen erteilen auch Auskunft darüber, wie der Staat Bürgern hilft, die die Kosten einer Rechtsberatung oder Rechtsverteidigung nicht aufbringen können.

### Zahlungen

Zahlungen aufgrund des Mahnbescheids - gleichgültig, ob sie die Hauptforderung, die Zinsen, Nebenforderungen oder die vorgerichtlichen Kosten betreffen - sind nur an den Antragsteller/die Antragstellerin zu richten.

**Das Gericht kann Ihre Zahlung nicht entgegennehmen.**

Zahlen Sie an den Antragsteller/die Antragstellerin unmittelbar oder auf das von ihm/ihr bezeichnete Konto.

### Währungseinheit

Sie können den Anspruch durch Überweisung in EUR oder DM oder bar in DM begleichen. Zur Berechnung des DM-Betrages gemäß dem Umrechnungskurs 1 EUR = 1,95583 DM multiplizieren Sie den Euro-Betrag mit 1,95583. Das Ergebnis runden Sie auf den nächstliegenden Pfennig auf oder ab. Ergibt sich genau die Hälfte eines Pfennigs, ist aufzurunden.

Zur Berechnung des Euro-Betrages dividieren Sie den DM-Betrag durch 1,95583. Das Ergebnis runden Sie auf den nächstliegenden Cent auf oder ab. Ergibt sich genau die Hälfte eines Cents, ist aufzurunden.

### Zahlungsaufschub, Ratenzahlung

Zahlungsaufschub oder Ratenzahlung kann **nur der Antragsteller/die Antragstellerin** bewilligen.

Wenn Sie die Zahlung zur Zeit nicht voll aufbringen können, empfiehlt es sich, mit dem Antragsteller/der Antragstellerin oder dessen/deren Prozeßbevollmächtigten zu verhandeln. Verhandlungen führen erfahrungsgemäß häufig zum Erfolg, wenn eine Teilzahlung angeboten wird.

**Das Gericht kann Ihnen keinen Zahlungsaufschub und keine Ratenzahlung bewilligen.**

### Zahlungsunfähigkeit

Zahlungsunfähigkeit befreit nicht von der Verpflichtung, eine Schuld zu bezahlen. Ein **Widerspruch** kann selbst dann nicht auf Zahlungsunfähigkeit gestützt werden, wenn diese auf Krankheit, Erwerbslosigkeit und anderen Notlagen beruht.

Bei finanzieller Notlage kann es sich im einzelnen Fall empfehlen, mit einer **Schuldnerberatungsstelle** der öffentlichen oder freien Wohlfahrtspflege Verbindung aufzunehmen.

### Widerspruch

Falls Einwendungen gegen den Anspruch bestehen, können Sie sich zur Wehr setzen, indem Sie Widerspruch erheben.

Sollten Sie den Anspruch nicht bestreiten können, ist ein Widerspruch zwecklos und verursacht Ihnen **weitere Kosten**.

Widersprechen Sie dem Mahnbescheid daher nur, wenn Sie meinen, **nicht, noch nicht** oder **wegen eines Teils der geforderten Beträge** nicht zur Zahlung verpflichtet zu sein, oder wenn Sie durch Ihr Verhalten dem Antragsteller/der Antragstellerin **keinen Anlass** gegeben haben, gegen Sie gerichtlich vorzugehen.

Bitte überlegen Sie Ihre Entscheidung **sorgfältig** und holen Sie nötigenfalls umgehend **Rechtsrat** ein, **bevor** Sie den Widerspruch erheben.

Der Widerspruch soll mit einem **Vordruck** der beigefügten Art erhoben werden. Der Vordruck ist bei **jedem** Arbeitsgericht erhältlich und wird dort, wenn Sie es wünschen, auch ausgefüllt. Zu richten ist der Widerspruch an das Gericht, das den umseitigen Mahnbescheid erlassen hat.

Wenn Sie den Anspruch nicht insgesamt, sondern nur wegen einer einzelnen Forderung oder eines einzelnen Rechnungspostens oder eines Teils davon als unbegründet ansehen (z.B. die geforderten Zinsen, soweit diese einen bestimmten Prozentsatz übersteigen), sollten Sie den Widerspruch **ausdrücklich** auf diese Forderung, diesen Rechnungsposten oder den Teilbetrag **beschränken**. Dadurch können Sie sich **Mehrkosten** ersparen.

### Weiteres Verfahren nach Widerspruch

Wird rechtzeitig Widerspruch erhoben und beantragt eine Partei die Durchführung der mündlichen Verhandlung, so hat das Arbeitsgericht dem Antragsteller/der Antragstellerin unverzüglich aufzugeben, seinen/ihren Anspruch binnen zwei Wochen schriftlich zu begründen. Bei Eingang der Anspruchsbegründung bestimmt das Arbeitsgericht den Termin zur mündlichen Verhandlung. Geht die Anspruchsbegründung nicht rechtzeitig ein, so wird bis zu ihrem Eingang der Termin nur auf Ihren Antrag bestimmt.



# Arbeitsgericht

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

**Antragsgegner/Antragsgegnerin;** gesetzl. Vertr.  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

Geschäftsnummer des Arbeitsgerichts  
**Bei Schreiben an das Gericht stets angeben**

↓ Datum des Vollstreckungsbescheids

## Zustellungsnachricht an Antragsteller/Antragstellerin

In Ihrer Mahnsache ist dem Antragsgegner/der Antragsgegnerin der Mahnbescheid an dem aus folgendem Vordruckteil ersichtlichen Tag zugestellt worden.

Prüfen Sie, nachdem die mit dem darauf folgenden Tag beginnende Ein-Wochen-Frist abgelaufen ist, ob der Antragsgegner/die Antragsgegnerin die Schuld beglichen hat. Sollte das nicht der Fall sein und sollte auch nicht Widerspruch erhoben sein, können Sie den Erlass des Vollstreckungsbescheids beantragen.

Verwenden Sie dazu bitte nur diesen Vordruck und beachten Sie die Hinweise auf der Rückseite.  
 Die Geschäftsstelle des Arbeitsgerichts

## Vollstreckungsbescheid zum Mahnbescheid vom \_\_\_\_\_ zugestellt am:

<b>Antragsteller/Antragstellerin;</b> gesetzl. Vertr.; Prozessbevollm.; Bankverbindung		Geschäftszeichen des Antragstellers/der Antragstellerin:
<b>macht gegen Sie</b> <span style="float:right;"><input type="checkbox"/> als Gesamtschuldner</span>		
<b>folgenden Anspruch geltend:</b>		
Der Anspruch ist nach Erklärung des Antragstellers/der Antragstellerin von einer Gegenleistung <input type="checkbox"/> nicht abhängig <input type="checkbox"/> abhängig; diese ist aber bereits erbracht.		
(a) Hauptforderung <input type="checkbox"/> DM <input type="checkbox"/> EUR Nebenforderung <input type="checkbox"/> DM <input type="checkbox"/> EUR Auslagen des Antragstellers/der Antragstellerin <input type="checkbox"/> DM <input type="checkbox"/> EUR	Zinsen, Bezeichnung der Nebenforderung	
<b>Gesamtbetrag</b> <input type="checkbox"/> DM <input type="checkbox"/> EUR		<b>zuzügl. der Zinsen</b> Die Gerichtskosten tragen Sie als Antragsgegner/Antragsgegnerin; sie werden nach Beendigung des Verfahrens von Ihnen eingezogen.
<b>Auf der Grundlage des Mahnbescheids ergeht Vollstreckungsbescheid</b>		
<input type="checkbox"/> wegen vorstehender Beträge <input type="checkbox"/> wegen abzüglich gezahlter <sup>④</sup>		
Hinzu kommt folgender weiterer Kostenbetrag <sup>⑤</sup> Auslagen für dieses Verfahren <input type="checkbox"/> DM <input type="checkbox"/> EUR		Dieser Bescheid wurde dem Antragsgegner/der Antragsgegnerin zugestellt am:

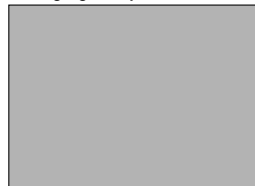
\_\_\_\_\_  
 Rechtspfleger/Rechtspflegerin

Antragst.  ges. Vertr.  Prozessbev.  
 wurde VB-Ausf. erteilt am: \_\_\_\_\_

## Antrag <sup>①</sup>

Ort, Datum \_\_\_\_\_

### Eingangsstempel des Gerichts



Es wird beantragt, aufgrund der vorstehenden Angaben Vollstreckungsbescheid zu erlassen.

Antragsgegner/Antragsgegnerin hat geleistet  
 keine Zahlungen.  nur die oben angegebenen Zahlungen.

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

## Ausfüllhinweise

Der Vordruck kann handschriftlich ausgefüllt werden. Auszufüllen sind die mit den Nummern ① bis ⑥ bezeichneten Felder. Die **dunkleren** (mit Raster unterlegten) **Felder bitte nicht beschriften.**

An das  
Arbeitsgericht \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

① **Der Antrag darf erst nach Ablauf von einer Woche seit der Zustellung des Mahnbescheids** (Zustellungsdatum umseitig) **gestellt werden.** Ist der Tag der Zustellung ein Sonnabend, endet die Frist nicht am Sonnabend der folgenden Woche, sondern erst mit Ablauf des darauf folgenden nächsten Werktages. Beachten Sie ferner, dass die Wirkung des Mahnbescheids wegfällt, wenn Sie den Vollstreckungsbescheid nicht innerhalb von **sechs Monaten** seit der Zustellung des Mahnbescheids beantragen. Sollte der Vollstreckungsbescheid nicht innerhalb dieser Frist beantragt werden, haben Sie die bisher entstandenen Gerichtskosten zu tragen.

①a Die Währungseinheit „DM“ oder „EUR“ ist anzukreuzen. Dies gilt auch für die folgenden Zeilen.

② Hat der **Antragsgegner/die Antragsgegnerin nichts gezahlt**, sind das Kästchen bei ② und das Kästchen bei ⑥ anzukreuzen.

③ Hier kann in anderen Fällen als Teilzahlung (vgl. dazu ④), insbesondere bei **Teilwiderspruch** und **Aufrechnung** durch den Antragsgegner/die Antragsgegnerin der Teil des Anspruchs bezeichnet werden, für den der Vollstreckungsbescheid beantragt wird.

④ Hat der **Antragsgegner/die Antragsgegnerin Teilzahlungen geleistet**, bitte Kästchen ② und das zweite Kästchen bei ⑥ ankreuzen. Die Zahlungen sind in Zeile ④ nach Betrag und Daten ihres Eingangs einzeln (... DM am ..., ... DM am ... usw.) zu bezeichnen.

⑤ **Weitere Kosten des Verfahrens**

In diesem Feld können Sie etwaige weitere Auslagen (z.B. Porto für die Übersendung dieses Antrags an das Gericht) eintragen.

⑥ Vgl. die Erläuterung zu ② und ④.

Rückseite von Blatt 3

# Arbeitsgericht

Geschäftsnummer des Arbeitsgerichts  
Bei Schreiben an das Gericht stets angeben

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Datum des Vollstreckungsbescheids

**Antragsgegner/Antragsgegnerin;** gesetzl. Vertr.

\_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

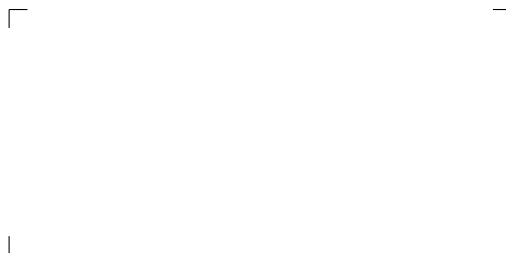
## Vollstreckungsbescheid zum Mahnbescheid vom

\_\_\_\_\_ zugestellt am:

<b>Antragsteller/Antragstellerin;</b> gesetzl. Vertr.; Prozessbevollm.; Bankverbindung		Geschäftszeichen des Antragstellers/der Antragstellerin:
<b>macht gegen Sie</b>		<input type="checkbox"/> <b>als Gesamtschuldner</b>
<b>folgenden Anspruch geltend:</b>		
Der Anspruch ist nach Erklärung des Antragstellers/der Antragstellerin von einer Gegenleistung <input type="checkbox"/> nicht abhängig <input type="checkbox"/> abhängig; diese ist aber bereits erbracht.		
Hauptforderung <input type="checkbox"/> DM <input type="checkbox"/> EUR	Zinsen, Bezeichnung der Nebenforderung	
Nebenforderung <input type="checkbox"/> DM <input type="checkbox"/> EUR		
Auslagen des Antragstellers/der Antragstellerin <input type="checkbox"/> DM <input type="checkbox"/> EUR		
<b>Gesamtbetrag</b> <input type="checkbox"/> DM <input type="checkbox"/> EUR <b>zuzügl. der Zinsen</b>		Die Gerichtskosten tragen Sie als Antragsgegner/Antragsgegnerin; sie werden nach Beendigung des Verfahrens von Ihnen eingezogen.
<b>Auf der Grundlage des Mahnbescheids ergeht Vollstreckungsbescheid</b>		
<input type="checkbox"/> wegen vorstehender Beträge <input type="checkbox"/> wegen abzüglich gezahlter		
Hinzu kommt folgender weiterer Kostenbetrag  Auslagen für dieses Verfahren <input type="checkbox"/> DM <input type="checkbox"/> EUR		Dieser Bescheid wurde dem Antragsgegner/der Antragsgegnerin zugestellt am:

gez. \_\_\_\_\_  
Rechtspfleger/Rechtspflegerin

Ausgefertigt \_\_\_\_\_  
Urkundsbeamter/Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



## **Hinweis für Antragsteller/Antragsstellerin**

Der Vollstreckungsbescheid geht Ihnen hiermit in Ausfertigung zu.

Bitte beachten Sie, dass Sie Maßnahmen zur Zwangsvollstreckung (Gerichtsvollzieher, Lohnpfändung o.ä.) beim zuständigen Amtsgericht selbst einleiten müssen.

—

—

—

# Arbeitsgericht

Geschäftsnummer des Arbeitsgerichts  
Bei Schreiben an das Gericht stets angeben

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ Datum des Vollstreckungsbescheids

## Vollstreckungsbescheid zum Mahnbescheid vom

\_\_\_\_\_ zugestellt am:

<b>Antragsteller/Antragstellerin;</b> gesetzl. Vertr.; Prozessbevollm.; Bankverbindung		Geschäftszeichen des Antragstellers/der Antragstellerin:
<b>macht gegen Sie</b>		<input type="checkbox"/> <b>als Gesamtschuldner</b>
<b>folgenden Anspruch geltend:</b>		
Der Anspruch ist nach Erklärung des Antragstellers/der Antragstellerin von einer Gegenleistung <input type="checkbox"/> nicht abhängig <input type="checkbox"/> abhängig; diese ist aber bereits erbracht.		
Hauptforderung <input type="checkbox"/> DM <input type="checkbox"/> EUR	Zinsen, Bezeichnung der Nebenforderung	
Nebenforderung <input type="checkbox"/> DM <input type="checkbox"/> EUR		
Auslagen des Antragstellers/der Antragstellerin <input type="checkbox"/> DM <input type="checkbox"/> EUR		
<b>Gesamtbetrag</b> <input type="checkbox"/> DM <input type="checkbox"/> EUR	<b>zuzügl. der Zinsen</b>	Die Gerichtskosten tragen Sie als Antragsgegner/Antragsgegnerin; sie werden nach Beendigung des Verfahrens von Ihnen eingezogen.
<b>Auf der Grundlage des Mahnbescheids ergeht Vollstreckungsbescheid</b>		
<input type="checkbox"/> wegen vorstehender Beträge	<input type="checkbox"/> wegen	
abzüglich gezahlter		
Hinzu kommt folgender weiterer Kostenbetrag		
Auslagen für dieses Verfahren <input type="checkbox"/> DM <input type="checkbox"/> EUR		

gez. \_\_\_\_\_  
Rechtspfleger/Rechtspflegerin

Ausgefertigt \_\_\_\_\_  
Urkundsbeamter/Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Vollstreckungsbescheid kann **Einspruch** erhoben werden. Der Einspruch muss binnen einer **Notfrist von einer Woche** nach Zustellung des Vollstreckungsbescheids beim obigen Arbeitsgericht schriftlich eingegangen sein oder zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklärt werden.

**Beachten Sie bitte die Hinweise auf der Rückseite**

# Hinweise des Gerichts

Bitte beachten Sie, dass das Gericht im Mahnverfahren **nicht** prüft, ob der geltend gemachte Anspruch begründet ist.

Lassen Sie daher Zweifel, ob der Anspruch besteht, nicht auf sich beruhen, auch wenn diese nur eine Nebenforderung (z.B. Höhe der Zinsen) betreffen.

Schauen Sie sich vielmehr **sofort** alle Ihnen zur Verfügung stehenden Unterlagen (Vertrag, Lohn-/Gehaltsabrechnung, Kontoauszug, Zahlungsbelege usw.) genau an.

Verbleiben danach Zweifel, so kann es sich empfehlen, sich umgehend mit einem Rechtsanwalt/einer Rechtsanwältin oder mit einer sonst zur Rechtsberatung befugten Person oder Stelle in Verbindung zu setzen. In arbeitsrechtlichen Streitigkeiten sind zur Rechtsberatung insbesondere auch befugt: Vertreter von Gewerkschaften oder von Vereinigungen von Arbeitgebern oder von Zusammenschlüssen solcher Verbände. Die genannten Personen und Stellen erteilen auch Auskunft darüber, wie der Staat Bürgern hilft, die die Kosten einer Rechtsberatung oder Rechtsverteidigung nicht aufbringen können.

## Zahlungen

Zahlungen – gleichgültig, ob sie die Hauptforderung, die Zinsen, Nebenforderungen oder die vorgerichtlichen Kosten betreffen – sind nur an den Antragsteller/die Antragstellerin zu richten.

**Das Gericht kann Ihre Zahlung nicht entgegennehmen.**

Zahlen Sie an den Antragsteller/die Antragstellerin unmittelbar oder auf das von ihm bzw. ihr bezeichnete Konto, falls Sie von dem Gerichtsvollzieher dazu aufgefordert werden, zu dessen Händen.

## Währungseinheit

Sie können den Anspruch durch Überweisung in EUR oder DM oder bar in DM begleichen. Zur Berechnung des DM-Betrages gemäß dem Umrechnungskurs 1 EUR = 1,95583 DM multiplizieren Sie den Euro-Betrag mit 1,95583. Das Ergebnis runden Sie auf den nächstliegenden Pfennig auf oder ab. Ergibt sich genau die Hälfte eines Pfennigs, ist aufzurunden.

Zur Berechnung des Euro-Betrages dividieren Sie den DM-Betrag durch 1,95583. Das Ergebnis runden Sie auf den nächstliegenden Cent auf oder ab. Ergibt sich genau die Hälfte eines Cents, ist aufzurunden.

## Zahlungsaufschub, Ratenzahlung

Zahlungsaufschub oder Ratenzahlung kann **nur der Antragsteller/die Antragstellerin** bewilligen.

Wenn Sie die Zahlung zur Zeit nicht voll aufbringen können, empfiehlt es sich, mit der antragstellenden Person oder ihrem Prozessbevollmächtigten zu verhandeln. Verhandlungen führen erfahrungsgemäß häufig zum Erfolg, wenn eine Teilzahlung angeboten wird.

**Das Gericht kann Ihnen keinen Zahlungsaufschub und keine Ratenzahlung bewilligen.**

## Zahlungsunfähigkeit

Zahlungsunfähigkeit befreit nicht von der Verpflichtung, eine Schuld zu bezahlen. Ein **Einspruch** kann selbst dann nicht auf Zahlungsunfähigkeit gestützt werden, wenn diese auf Krankheit, Erwerbslosigkeit und anderen Notlagen beruht.

Bei finanzieller Notlage kann es sich im einzelnen Fall empfehlen, mit einer **Schuldnerberatungsstelle** der öffentlichen oder freien Wohlfahrtspflege Verbindung aufzunehmen.

## Einspruch

Gegen den Vollstreckungsbescheid kann innerhalb einer Frist von **einer Woche**, die mit der Zustellung des Bescheids beginnt, **Einspruch** eingelegt werden. Der Einspruch ist **an das Arbeitsgericht zu richten, das den Vollstreckungsbescheid erlassen hat**. Er muss **schriftlich** eingelegt werden. Sie können sich auch an die **Geschäftsstelle des Arbeitsgerichts** wenden und dort mündlich erklären, dass Sie Einspruch einlegen. Die Geschäftsstelle fertigt dann über Ihre Erklärung eine Niederschrift an. Wenn Sie sich an die Geschäftsstelle eines anderen Arbeitsgerichts wenden, beachten Sie bitte, dass die von der Geschäftsstelle angefertigte Niederschrift Ihres Einspruchs innerhalb der Einspruchsfrist bei dem Arbeitsgericht, das den Vollstreckungsbescheid erlassen hat, eingehen muss.

Sie haben also, wenn Einwendungen gegen den Anspruch bestehen, auch jetzt noch Gelegenheit, sich gegen diesen zur Wehr zu setzen.

Sollten Sie den Anspruch nicht bestreiten können, ist ein Einspruch zwecklos und verursacht Ihnen **weitere Kosten**.

Machen Sie daher von dem Einspruch nur Gebrauch, wenn Sie meinen, **nicht, noch nicht oder wegen eines Teils der geforderten Beträge nicht** zur Zahlung verpflichtet zu sein, oder wenn Sie durch Ihr Verhalten dem Antragsteller oder der Antragstellerin **keinen Anlass** gegeben haben, gegen Sie gerichtlich vorzugehen.

Bitte überlegen Sie Ihre Entscheidung **sorgfältig** und holen Sie nötigenfalls umgehend **Rechtsrat** ein, **bevor** Sie den Einspruch einlegen.

Wenn Sie den Anspruch nicht insgesamt, sondern nur wegen einer einzelnen Forderung oder eines einzelnen Rechnungspostens oder eines Teils davon als unbegründet ansehen (z. B. die geforderten Zinsen, soweit diese einen bestimmten Prozentsatz übersteigen), sollten Sie den Einspruch **ausdrücklich** auf diese Forderung, diesen Rechnungsposten oder den Teilbetrag **beschränken**. Dadurch können Sie sich **Mehrkosten** ersparen.

## Weiteres Verfahren nach Einspruch

Wird rechtzeitig Einspruch eingelegt, bestimmt das Arbeitsgericht Termin zur mündlichen Verhandlung.